# Wir

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven Nr. 7 / 2007

*Altersarmut bei Migranten!* *Seite 3*

*Interview mit Detlef Dahlke, Teil II* *Seite 8*

*Erstes erfolgreiches Volksbegehren in Bremen* *Seite 12*

# ... am Ende nur weiße Salbe?

Bericht Seite 4

**Editorial**

# Liebe Leserin, lieber Leser,

*Unsere 7. Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Armut im Alter in unserer Gesellschaft, ein relativ neues aber anwachsendes Phänomen in unserer Zeit. In unseren vielfältigen Diskussionen zur Vorbereitung dieser Ausgabe haben wir festgestellt, das Armut kein Zustand ist, der urplötzlich eintritt, sondern viel mehr Ergebnis eines Prozesses ist, der wirtschaftlich wie politisch initiiert wird. Wenn wir von Armut sprechen, so meinen wir weniger die absolute Armut, also jene Armut die mit einem Mindesteinkommen unterhalb von einem Dollar (laut Weltbank) definiert ist. Unsere Diskussionen konzentrierten sich vielmehr auf den Begriff der „relativen Armut". Sie definiert die andauernde Unterversorgung von Menschen, mit materiellen und immateriellen Ressourcen in Wohlstandsgesellschaften wie der unsrigen. Die sozio-kulturelle Verarmung, der Mangel an Teilhabe an der Gesellschaft durch finanziellen Mangel sehen wir als eine gravierende gesellschaftliche Herausforderung in der nahen Zukunft.*

*Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.*

**Inhalt**


Altersarmut bei Migranten! ..... 3
Erwerbstätigenversicherung – am Ende nur weiße Salbe? ..... 4
Detlef Dahlke. Zum Achtzigsten. Teil II ..... 6
Aufstand der Alten ..... 12
Erstes erfolgreiches Volksbegehren in Bremen ..... 13
Carsten Sieling bei den ver.di - Senioren ..... 15

Leserforum
Ich will nie ins Altersheim ..... 16
Leserbriefe ..... 17
Impressum ..... 19
Mailied, Bertholt Brecht ..... 20

# Altersarmut bei Migranten!

Migranten bekommen durchschnittlich 20% weniger Rente als die Einheimischen. Das sind monatlich weniger als 650 Euro. Deshalb ist die Altersarmut bei den Einwanderern akuter als bei den deutschen Rentnern.

In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben zwei Wissenschaftlerinnen, Tatjana Mika und Ingrid Tucci, die Renten der Migranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien mit den Renten der Einheimischen verglichen. Auch andere Studien, wie der „Fünfte Altersbericht" der Bundesregierung vom letzten Jahr, bestätigen die Ergebnisse der DIW-Studie „Arbeitseinkommen bei Zuwanderern."

Der Grund für diese Rentenmisere ist einmal, dass die Migranten in erwachsenem Alter nach Deutschland kamen und dadurch weniger in die Rentenkasse eingezahlt haben! Sie haben im Schnitt 13 Jahre weniger Beiträge geleistet als die Einheimischen! Außerdem waren sie wesentlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei Migranten liegt vor allem daran, dass sie traditionell in der produzierenden Industrie tätig waren. In den letzten drei Jahrzehnten wurde dieser Industriezweig in Deutschland stark abgebaut oder wanderte in die so genannten Billig-Lohn-Länder ab.

Hinzu kommt noch, dass die ehemaligen „Gastarbeiter" sehr oft ungelernt oder angelernt waren und deshalb in der Gehaltsstufe niedriger eingestuft wurden. Bevor sie nach Deutschland kamen, waren sie in ihren Heimatländern in dem so genannten informellen Sektor tätig, waren also nicht sozial versichert.

Die türkischen und ex-jugoslawischen Einwanderer haben noch weniger Geld, weil sie mit weniger als 650 Euro im Monat ihre Verwandten und Familien zusätzlich unterstützen müssen. In einem Migranten-Haushalt leben durchschnittlich 2,8 Personen, in einem deutschen Haushalt dagegen nur 1,7 Personen. Grund dafür ist vor allem , dass die jungen Migranten wegen der Arbeitslosigkeit, von der sie stärker betroffen sind als die Einheimischen, noch später aus dem Elternhaus ausziehen können als die jungen Menschen deutscher Herkunft.

Zurzeit sind rund 40 % der älteren Einwanderer aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei arbeitslos, bevor sie in die Rente gehen. Aufgrund der großen Pleiten und Auslagerungen in der Metallindustrie in den letzten Jahren wurden zahlreiche Migranten mit Anfang 50 arbeitslos. In diesem Alter hat man kaum eine Chance, eine neue Arbeit zu finden.

Experten der Seniorenforschung meinen, dass sich die Lage auch für die zweite Generation von Rentnern mit Migrationshintergrund nicht ändern wird. Die Situation könnte sich nur durch eine starke Verbesserung der Arbeitssituation der älteren Menschen und Zuwanderer zum Positiven wenden.

*Rodrigues de Sá, der Millionste „Gast" aus Portugal kam 1962 nach Deutschland*

# Erwerbstätigenversicherung – am Ende nur weiße Salbe?

***Ein Gastbeitrag von Johannes Steffen***

Mit einer neuen Erwerbstätigenversicherung wollen Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland und Deutscher Gewerkschaftsbund langfristig alle Berufstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, in einem ersten Schritt geringfügig Beschäftigte, Politiker und Selbstständige ohne Pflichtversicherung - später auch Beamte und Freiberufler mit einer berufsständischen Altersversorgung. So soll mehr soziale Sicherung geschaffen, die Solidargemeinschaft gestärkt und dem Strukturwandel der Arbeitswelt Rechnung getragen werden. Betroffen von der Neuregelung wären zunächst vor allem schätzungsweise drei Millionen Selbständige und rund 6,5 Millionen geringfügig Beschäftigte.

Unstete Erwerbsverläufe, prekäre Beschäftigung oder auch häufigere Wechsel zwischen versicherungspflichtigem Arbeitnehmerstatus, Phasen der Arbeitslosigkeit und unzureichend gesicherter Selbständigkeit führen in aller Regel zu Sicherungslücken im Alter. Andererseits sind immer noch verschiedene – meist besser verdienende – Berufsgruppen außerhalb des Solidarsystems abgesichert. Als Vorbeugung gegen die Gefahr der Altersarmut wie auch – zumindest mittelfristig – zur Verschaffung zusätzlicher Beitragseinnahmen macht eine Erwerbstätigenversicherung durchaus Sinn.

Das alleine wird aber nicht reichen, denn für sich genommen ist sie noch kein Gegenkonzept zur schwarz-rot-grün-gelben Demontagepolitik. Was dem Projekt fehlt, ist die politische – und nicht nur rhetorische – Einforderung einer Rückkehr zur Lebensstandard sichernden Zielsetzung der gesetzlichen Rente. Die nämlich wurde 2001 unter Rot-Grün endgültig aufgegeben und durch das Dogma der Beitragssatzstabilität ersetzt. Bis dahin galt: Wer erwerbslebenslang der Versicherung angehört hat (unterstellt werden 45 Versicherungsjahre), der sollte im Alter ein Nettorentenniveau erreichen, das etwa 70% seiner auf die Gegenwart hochgerechneten durchschnittlichen Erwerbseinkommensposition entsprach. Seither ist dagegen festgeschrieben, dass der Beitragssatz bis zum Jahre 2030 die Marke von 22% nicht überschreiten darf. Wer jedoch den paritätischen Beitrag deckelt, kommt nicht umhin, auf der Leistungsseite deutlich zu kürzen; so geschehen durch »Riester-« und »Schmidt-Reform«. Was aber könnte demjenigen die Schließung von Versicherungslücken nutzen, der mit seiner Rente am Ende ohnehin unterhalb der Fürsorge landen wird? Dem Single, der stets zwei Drittel des Durchschnitts verdient hat, reichten bislang 38 Beitragsjahre, um mit seiner Nettorente oberhalb der Sozialhilfe zu liegen; nach den seitherigen Reformorgien wird er im Jahre 2030 bereits 48 Jahre benötigen.

Das Beitragssatzdogma muss auch als Begründung für die Rente mit 67 herhalten; auch sie diene der Entlastung der jüngeren Generation, heißt es. Ökonomisches Grundwissen wird in der politischen Zweckpropaganda ersetzt durch vermeintlich gesundes Alltagsempfinden: *«Wir leben länger, arbeiten aber nicht länger, sondern insgesamt eher kürzer. Und da muss man gar nicht Mathematiker sein, da reicht halt Volksschule Sauerland, um zu wissen: Kann nich' hinhauen.»* (Franz Müntefering) – Schaut man allerdings ins Finanztableau des Gesetzentwurfs, so fasst man sich an den Kopf. Die «deutliche» Entlastung der Jüngeren beträgt hiernach im Jahre 2030 ganze 0,5 Beitragspunkte – also je ein Viertelprozentpunkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nach heutigen Werten sind das zusammen fünf Milliarden Euro. Zudem werden die Auswirkungen auf den

Arbeitsmarkt beachtlich sein. Das IAB veranschlagt das durch die Rente mit 67 bewirkte zusätzliche Erwerbspersonenpotenzial im Jahre 2030 auf zwischen mindestens 1,2 Millionen und bis zu 3,4 Millionen Personen. Die finanziellen Belastungen durch zusätzliche Arbeitslosigkeit und erforderliche zusätzliche Beschäftigungsförderung werden somit schnell die marginale Beitragsentlastung aufzehren.

Nun ist die Senkung des Rentenniveaus keine durch die Demografie aufgezwungene, also alternativlose Entwicklung, sondern politisch gewollt. Zwecks Kompensation der Kürzungen durch die »Riester-Reform« wird die private Vorsorge gefördert (»Riester-Rente«). Ab kommendem Jahr sollen alle Arbeitnehmer 4% ihres Bruttoentgelts als Prämie für private oder betriebliche Altersvorsorge anlegen; nur so bestehe – bei entsprechender Verzinsung – die Aussicht auf ein auch künftig Lebensstandard sicherndes Alterseinkommen. Durch Fördermittel wird die Zusatzbelastung auf im Schnitt knapp 3% begrenzt. Für die 2004 beschlossene weitere Niveausenkung durch die »Schmidt-Reform« ist allerdings keine Erhöhung der Zuschüsse vorgesehen. Um diese Lücke zu schließen, sind demnach weitere 3% alleine von den Arbeitnehmern aufzubringen – 2030 also insgesamt 17%. Wie man sieht, lassen sich die Kosten nicht wegreformieren, sie werden nur anders verteilt.

Mit einem paritätischen Beitrag von hoch gegriffen 28% im Jahre 2030 wäre weiterhin ein Lebensstandard sicherndes Alterseinkommen finanzierbar – und zwar auch ohne die »Rente mit 67«. Seit der »Riester-Reform« geht es allerdings vorrangig um die Privatisierung sozialer Risiken und ihrer Kosten. Gewinner sind Arbeitgeber und private Finanzdienstleister. Den (jüngeren) Arbeitnehmern wird dies als »generationengerechte Entlastung« verkauft; sie müssten 2030 nur 11% statt 14% Rentenbeitrag zahlen. Dass sie bereits heute für einen gesicherten Lebensabend insgesamt mehr aufzuwenden haben als die vermeintlich »unzumutbaren« 14%, die im Jahre 2030 für eine sichere Rente fällig wären, wird bei der öffentlichen Verdummungskampagne bislang erfolgreich unterschlagen. - Wer sich zudem, wie etwa der DGB, in die gegenwärtige Propagandainitiative (private) »Altersvorsorge macht Schule« einbinden lässt, der hat augenscheinlich politisch bereits kapituliert und sich vom Ziel einer Lebensstandard sichernden, paritätisch finanzierten Rente längst verabschiedet. Dann aber bleibt auch von einer Erwerbstätigenversicherung am Ende nicht viel mehr als weiße Salbe.

# Mein Jahrgang war für den Kriegsdienst geplant

**Interview mit Detlef Dahlke Teil II**

Unsere Lesebücher von 1935/1936 verherrlichten den Krieg, den Heldentod und die nationalsozialistische Weltanschauung. Die Jahrgänge 1926/1927 haben das volle NS-Programm geschluckt und verinnerlicht.

1940/41 nach der Besetzung von Frank–reich und Griechenland durch die Deutschen haben wir als 14-Jährige gedacht: Scheiße, jetzt ist der Krieg bald vorbei, und wir waren als Soldaten nicht dabei.

Der Beginn des Rußlandfeldzuges im Juni 1941 bestärkte die Meinung meines Vaters, der Krieg sei verloren. So bin ich auch nicht zur Höheren Schule gekommen, da mein Vater der Meinung war, ich solle ein Handwerk lernen; denn damit könnte ich nach dem Krieg etwas anfangen.

***Er war davon überzeugt, dass der Krieg nicht zu gewinnen war?***

Ja, vor den Kindern haben meine Eltern diese Einstellung nicht geäußert, denn die hätten plappern können. In unseren Häusern wohnten inzwischen Familien, die mit den Nazis sympathisierten.

Nach dem Kriegseintritt der USA und verstärkten Luftangriffen auf Bremen wurde unsere Lehrwerkstatt ins Sudentenland nach Reichenberg (Liberec) verlegt, auf einen Fliegerhorst.

Wie die Militärschüler waren wir in Baracken kaserniert. Unsere Gesellenprüfung zog man kriegspolitisch auf Januar, ´44 vor.

Die Lehrlinge der Flugzeugindustrie sollten für den technischen Dienst bei der Luftwaffe eingesetzt werden. Wir erhielten die Einberufung nach Dresden.

Auf dem Flugzeugwerk war ich unter den Lehrlingen der einzige Brillenträger. Und als Brillenträger bin ich von Werbern der Waffen-SS, die uns nachmusterten, nicht bedrängt worden.

Die Grundausbildung als Luftwaffensoldaten bekamen wir in der Slowakei auf dem Fliegerhorst Wischau (Visnové) bei Brünn (Brno). Im Juli sollten wir zum Fronteinsatz nach Rußland, doch das Attentat auf Hitler kam dem zuvor.

Im September kamen wir zu Infanteristen in Hameln. Danach brachte man uns nach Dänemark. Auf dem Truppenübungsplatz Osboll stellten die Nazis Volksgrenadierregimenter auf und drillten sie zum Angriff.

Ende Oktober ging es in die Eiffel zu Frontstellungen gegen US-Truppen.

Am 16. Dezember 1944 schließlich fielen wir als Angriffstruppen der sogenannten Ardennen-Offensive in Belgien ein. Da sind wir rangegangen wie „Hektor“ mit unserer NS-Einstellung als 18-Jährige.

***Warst Du verletzt?***

Ich hatte eine Granatsplitter-Verletzung durch den rechten Oberarm und im Rücken über der Niere. Das war bei Malmedy am Morgen des 3. Januar 1945, als die US-Truppen zum Rhein hin angriffen.

Am 2. März 1945 einem Freitagabend in Bremen, sah ich im Halbdunkel an der

Lindenhofstraße von der AG Weser kommend, die Kolonne der KZ- und Zwangsarbeiter, die im Schützenhof in Gröpelingen an der Bromberger Straße untergebracht worden waren.

***Schützenhof?***

Ein KZ-Außenlager von Neuengamme!

Ich musste warten und sah die ausgemergelten Menschen, darunter die deportierten Opfer der belgischen Gemeinde Meensel-Kiezegem, wie ich heute weiß.

15 von ihnen starben auf der AG Weser und wurden erst am 29. August 2004 mit einer Gedenktafel am Schützenhof in Erinnerung gebracht. Ich stand 1945 nicht alleine am Straßenrand. Das zufällige Erlebnis ergab sich, weil ich Passbilder abholen wollte, bevor ich wieder zur Infanterie nach Hameln musste. Die Fotos von mir hatte ich noch machen lassen, denn man wusste ja nicht, ob man am Leben bleiben würde.

Mein Vater war der Meinung: Kinder sind nur Kanonenfutter. Meine Eltern wollten keine Kinder. Mein Vater war 1914 mit 18 Jahren reif, Soldat zu werden, und ich 1944 mit 17 Jahren. Er hatte nicht falsch gedacht!

***Im Frühjahr 1945 war Bremen zerstört. Was für ein Gefühl hattest Du?***

Ich hatte die Propaganda für den Endsieg verinnerlicht und war ansonsten wenig informiert. 1945, im Alter von 18 Jahren, war im Kopf für Gefühle kein Platz, ich hatte zu funktionieren!

Bremen wurde am 27./28. April 1945 durch britische Truppen bis zur Lesum hin besetzt.

Ich war in der Genesenen-Kompanie, so nannte sich das, das waren Soldaten, deren Verwundungen noch nicht ganz ausgeheilt waren, die aber trotzdem noch am 25. März 1945 als Kampftruppe in Nachtmärschen von Hameln nach Münster geschickt wurden. Wir sollten die zerbombte Stadt mit verteidigen. Aber an den Ostertagen war dort der Krieg vorbei, und die deutschen Soldaten gingen in die Gefangenschaft. Das wollte ich nicht. Ich wollte nach Bremen, unbedingt heil nach Hause kommen.

Mit anderen Soldaten zusammen setzte ich mich Richtung Osnabrück ab. Über Bad Essen schlug ich mich allein nach Bremen durch. Da wurde ich gleich wieder zur Verteidigung eingruppiert.

***Alles zu Fuß?***

Nicht alles! Ich bin weit links an Diepholz vorbei. Im Ort waren bereits die Engländer. An einer kleinen Brücke über die Hunte bin ich auf deutsche Soldaten gestoßen. Mit einer Flak-Einheit konnte ich in Richtung Harpstedt fahren. Ansonsten ging es überwiegend nachts zu Fuß und in Uniform bis Bremen bzw. Brinkum.

***Und in Bremen bei der Ankunft wurdest Du wieder eingruppiert?***

Gleich wieder zum Einsatz zugeordnet! Wegen Fahnenflucht hätte mir Schlimmeres passieren können, wie mir in den folgenden Tagen deutlich wurde.

In der Nacht vom 11. zum 12. April 1945 gruben wir uns am Umdeich der Ochtum beim Mühlenhaus Schützenlöcher aus. Bis zur Besetzung von Bremen am 28. April waren es für uns ruhige Tage.

Wieder stand die Gefangenschaft bevor. Die Engländer hatten die Absicht, uns zum Abend nach Woltmershausen zu holen, doch sie kamen nicht.

***Hatte sich das ergeben, sozusagen?***

Ja, in Bremen war Waffenruhe, und die Engländer waren bis vor die Lesum gekommen. Die Brücken waren gesprengt. Bremen-Nord ist erst später ohne Kampfhandlungen besetzt worden.

*IG-Metall Seminar mit Zeitzeugen*

SS-Truppen zogen durch Hasenbüren, sahen, dass wir uns ergeben hatten, und schossen zu uns rüber.

***Wie viele Tage war das vor dem offiziellen Kriegsende?***

7 Tage vor Waffenstillstand in Norddeutschland wurden wir noch in Altenesch zum Anhören von NS-Durchhalteparolen für den Endsieg kommandiert.

Bis zum 6. Mai bewegte sich unsere Einheit wieder zu Fuß in den Nächten über Berne und Elsfleth nach Oberhammelwarden.

Da lag ich eines morgens an der Straße als Wachposten, als mir ein Jeep/Pkw mit deutschen Offizieren entgegen kam. Sie sagten mir Bescheid: Ab 03.00 Uhr ist Waffenstillstand, und ich möge mich zu meiner Einheit begeben. Ja, das war am 6. Mai 1945!

***Es war doch in den letzten Kriegs–tagen voraussehbar, dass es bald aus ist?***

Mir war klar, als ich vom 22. Februar bis zum 7. März 1945 in Bremen auf Genesungsurlaub war: Jetzt geht es nur noch darum, als Soldat zu überleben.

***Wie ist es Dir gelungen?***

In Oberhammelwarden lagen wir beim Bauern in der Scheune. Ich spekulierte: Wie komme ich über die Weser? Am 8. Mai 1945 frühmorgens im Halbdunkel hat mich ein Fischer im Ruderboot übergesetzt. Die gesprengte Eisenbahnbrücke über die Lesum ermöglichte durch Klettern den Übergang. Vor dem Weiterlaufen über die Heerstraße nach Grambke/Oslebshausen warnten mich Einwohner in Burg. Die befreiten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter aus den dortigen Lagern würden Jagd auf Soldaten machen. Über die Weiden und Gräben des Blocklandes habe ich abends in Gröpelingen unseren Kleingarten am Schwarzen Weg erreicht. Ich wartete drei Tage, bis meine Eltern kamen und mich mit Zivilkleidung versorgten.

***Wie ging es mit Euch weiter?***

Mein Vater fand bei den Amerikanern in Bremen Arbeit als Heizungsmonteur. Ein paar Tage später war ich der Gehilfe meines Vaters.

In den von der US-Militärregierung belegten Bürgerhäusern an der Contrescarpe und in der Kohlhökerstraße haben wir zwei die Zentralheizungen für den Winter 1945/46 betriebsbereit gemacht.

***Dann hast Du angefangen, Dich weiterzubilden?***

Gleich 1946 an der Volkshochschule - zuerst belegte ich Englisch-Seminare.

***Wann bist Du gewerkschaftlich aktiv geworden?***

Die organisierten Heizungsleger planten 1947/48, sich als Genossenschaft selbstständig zu machen, so wie es die

Bremer Dachdecker vorgeführt hatten. Daraus wurde nichts, so gründeten einige Kollegen eigene Handwerksbetriebe.

Die Fachgruppe der Heizungsleger aber war von 1946 an die „Spitze“ der Metallgewerkschaft und zu 100 % organisiert. Die Alten von vor 1933 hatten alles im Griff.

Mein Vater war wieder Betriebsrat. Schon als Lehrling war er im Metallarbeiterverband organisiert gewesen, mein Großvater Max seit 1895, und meine Mitgliedschaft begann am 1. Januar 1946.

***Und Du wolltest unbedingt studieren?***

Ich absolvierte das Vorsemester als Studienvoraussetzung und studierte dann fünf Fachsemester. Im Frühjahr 1952 war ich graduierter Maschinenbauingenieur.

***Wie hast du das Studium finanziert?***

Bis zu meiner Heirat habe ich bei meinen Eltern gewohnt. Nach der Währungsreform 1948 hatte ich etwas gespart, und in den Semesterferien arbeitete ich als Heizungsmonteur.

Am 1. Juni 1954 habe ich geheiratet. Die Wohnungssuche war das größte Problem, der Wohnraum knapp und zwangsbewirtschaftet durch das Wohnungsamt.

***Haben Du und Deine Frau Kinder und Enkelkinder?***

Wir bekamen eine Tochter, sie hat zwei Kinder und mittlerweile gehört zu meiner Familie auch ein Urenkelkind.

1952/53 war ich als Ingenieur bei den Atlas-Werken und ab August 1953 in Bremen-Hastedt bei der Firma Hansa Waggon als Konstrukteur für Straßenbahnen tätig.

***Wie hast Du Dich politisiert?***

Auf der Bremer Bürgerweide stand nach 1945 eine große Sporthalle aus Holz, ein Geschenk der Amerikaner. Dort sprachen auf Parteiversammlungen Kurt Schumacher, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Wilhelm Kaisen, Konrad Adenauer u.a., und ich habe sie alle reden hören.

Meine Familie wohnte bis 1948 in zwei Kellerzimmern in der Parkallee 33, somit war der Weg zur Sporthalle sehr kurz.

Ab Mitte 1945 hatte ich Zugang zu USA-Zeitungen, und die deutschen Zeitungen berichteten über die Nürnberger Prozesse. Dass es Vernichtungs-KZ‘s im Osten gab und Millionen Menschen jüdischen Glaubens aus ganz Europa geplant in den Tod getrieben worden waren, erfuhr ich dadurch.

***Und ab 1953/54 starteten die Aktionen gegen die Wiederbewaffnung?***

Ja, denn 1953 wusste auch der politisch nicht so informierte Bürger, dass es um eine neue deutsche Wiederaufrüstung im Rahmen der NATO ging.

Ich war SPD-Mitglied im Gröpelinger Ortsverein. Die SPD führte den Bundestagswahlkampf 1957 mit der Parole: Wenn wir an die Regierung kommen, schaffen wir die Wehrpflicht von 1956 wieder ab.

Ich vertrat den organisierten Pazifismus und wurde im Oktober 1956 zum Vorsitzenden der Bremer Kriegsdienstverweigerer-Gruppe gewählt. Diesen ehrenamtlichen Vereinsvorsitz behielt ich bis 1973.

In der Zeit des Kalten Krieges organisierten wir in Bremen und „umzu“ viele Aktionen, die unter meinem Namen angemeldet wurden.

Als IG Metaller und KDV‘ler führten wir 1958 den politischen „Kampf dem Atomtod“ gegen die Regierung Adenauer.

An den Ostertagen, erstmals 1960, gingen Märsche über vier Tage von Bremen aus zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne als Protest gegen eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr.

Bis 1969 folgten Ostermärsche in der gesamten Bundesrepublik. Sie entwickelten sich zur „Kampagne für Demokratie und Abrüstung", u.a. gegen den Krieg in Vietnam und die Notstandsgesetze in der BRD.

Ich vertrat die Kampagne für den Norddeutschen Raum im Zentralen Ausschuss auf Bundesebene.

Wegen der ab März 1957 durchgeführten Praxis der „Gewissensprüfung" im Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer erwarb ich 1963 die Zulassung als Rechtsberater.

***Gab es disziplinarische Probleme?***

Für alle von mir in den Jahren 1956 bis 1969 organisierten und angemeldeten Demonstrationen sowie meine Reden auf den Kundgebungen erfuhr ich keine persönlichen Schwierigkeiten, im Gegenteil!

***Wie war die Haltung der älteren Sozialdemokraten?***

Die Alten, die Parteiführung mit Herbert Wehner, haben die Ostermarsch-Kampagnen bekämpft, so wie die Linke schon immer als Anhängsel von Ulbricht bzw. der DDR verteufelt wurde. Sie wollten mit dem Godesberger Programm von 1959 regierungsfähig werden. Von 1966 bis 1969 bildeten sie die CDU-SPD-Regierung unter Kurt-Georg Kiesinger.

***Wie hat die Bevölkerung das wahrgenommen? Es stellt sich ja immer die Frage nach der Verankerung in der Masse?***

Die ersten Ostermarsch-Kampagnen 1961 in Bremen fielen zusammen mit der Pleite von Borgward. Ich verlor dadurch meinen Arbeitsplatz als Konstrukteur in der Hubschrauberentwicklung bei Professor Focke in der Firma Borgward. Zur selben Zeit sollte der Neubau unseres Reihenhauses bezugsfertig werden. Als Familie kamen wir mit einer Nachbarschaft zusammen, die sich noch nicht kannte und die, wie sich dann schnell zeigte, politisch überwiegend gegen mich eingestellt war: „Herr Dahlke, wir wollen unsere Ruhe", hieß es, sogar auch anonym per Brief.

Sie bekamen ja die Flugblätter, für die ich verantwortlich zeichnete, in ihre Briefkästen.

***Später hast Du politische Bildungs–arbeit für die IG Metall gemacht?***

Als Betriebsrat machte ich die Angestelltenarbeit für die IG Metall und leitete von 1956 bis 1962 den Angestelltenausschuss der IGM-Verwaltungsstelle.

Die IGM betrieb immer eigene Schulungen für ihre Mitglieder. So wurden auch die ehrenamtlichen Referenten auf den Gewerkschaftsschulen qualifiziert. Ich habe zahlreiche Schulungen absolviert.

Ab 1973/74 gab es das bremische Bildungsurlaubsgesetz. Dies benötigte einen langen politischen Vorlauf in der SPD. Als IGM-Referenten qualifizierten wir uns zusätzlich für die BU-Seminare an der Universität in Bremen.

***Die Gewerkschaft als lebenslange Bildungseinrichtung?***

Für mich unbedingt! Ich erfuhr die brennenden Gewerkschaftsthemen: Technologischer Wandel und Mikroelektronik in der Automatisierung / Massenarbeitslosigkeit am eigenen Leib. Fünf Jahre lang habe ich als Betriebsrat gegen Unternehmensberatung und -politik der Firma Cordes & Sluiter Bremen-Hemelingen gekämpft, bevor der Betrieb stillgelegt wurde.

***Wie hast Du die Zeit der Stellenlosigkeit als Konstruktionsingenieur gemanagt?***

Sehr sparsam zusammen mit meiner Frau gelebt. Wir sind ein gut eingespieltes Team. In weiser Voraussicht hatten wir auch für den Ernstfall etwas angespart. Da ich nie ein Auto besessen habe, bin ich in meinem Leben einige zigtausend Kilometer mit dem Fahrrad gefahren. Somit brauchte ich nie Anträge auf Unterstützung zu stellen. Aber einen Kleingarten betreiben meine Frau und ich seit diesen Jahren in der Nähe unseres Hauses.

***Was machst Du in den letzten Jahren politisch?***

Seit über 20 Jahren leite ich die Geschichtsgruppe der IGM Bremen, aktiv bin ich in der Leitung der IGM-Seniorengruppe und als Mitglied der Delegiertenversammlung.

Bildungspolitisch arbeite ich noch als Referent für Arbeit & Leben bzw. das bfw.

Darüber hinaus ergab sich für mich der Kontakt zu einer Zeitzeugengruppe im Vegesacker Bürgerhaus „Gustav Heinemann“. Wir gehen seit einigen Jahren in die Schulen, um mit unseren Erfahrungen als Jugendliche im Nazistaat vor den heutigen Aktionen der Neonazis zu warnen.

***Warum engagierst Du Dich gerade in diesem Bereich?***

Weil ich die Lebenserfahrung mit der Nazi-Ideologie habe. Zum Glück bin ich mit dem Leben davon gekommen.

Wir waren 1944 Kindersoldaten und haben nach den Parolen der Hitler-Jugend funktioniert, uns mit Tapferkeitsorden schmücken lassen. Mit unseren geburtenstarken Jahrgängen hat man die Kriegszeit nach Stalingrad verlängert. Die geburtenstarken Jahrgänge ergaben sich durch den kurzen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Ersten Weltkrieg, bevor dann die Rezession einsetzte.

***Wie ist die Reaktion der Kinder in den Schulen?***

An der Gesamtschule West, wo die Lehrer das Treffen mit uns und zwei Zeitzeugen sehr gut vorbereitet haben, positiv. Dort sind wir mehrere Jahre in Projektwochen mit 8 bis 10 Personen einen ganzen Tag lang in verschiedenen Klassen gewesen.

Für die Nachwelt hinterlässt unsere Zeitzeugengruppe einen 45 Minuten langen Video-Film mit dem Titel: „Wir sind begeistert mitmarschiert“. Wir zeigen den Film den Schülern und stellen uns der meist sehr lebhaften Nachfrage.

Herzlichen Dank für dieses Interview!

# Aufstand der Alten

Die dreiteilige ZDF-Sendung „Aufstand der Alten“ hat meine liebe Frau Irmgard richtig „aufgekratzt!“ Mein Einwand: dass bis 2030 noch 23 Jahre ins Land gingen, konnte ihre Aufruhr nicht dämpfen. Sie will Friedrich Merz ermuntern, den Sturz der Regierung nicht erst für 2030 zu planen.

Das ZDF lässt die demographischen Ballastalten in der vergreisten Republik aktiv werden. Ein „Kommando zornige Alte“ organisiert die Gegenwehr. Verarmte Alte plündern bereits in ihrer Not Banken und Apotheken. Es sind die ehemals behüteten Kinder von uns fleißigen Aufbaueltern der Wirtschaftswunderjahre, sagt meine Frau 80-jährige Irmgard. Was erwartet uns im Alter weiter?

Denkbar ist: 2028 wurde das Renteneinstiegsalter von 67 auf 70 Jahre angehoben. Das ZDF zeigt die Unterbringung der obdachlosen Alten ähnlich der Legebatterien von Hühnern gemäß modifizierter USA-Norm „Guantanamo,“ installiert in leer stehenden Kirchen und Theatern.

Die Menschenwürde und Solidarität wurde mit den Reformstufen Hartz V bis Hartz IX aufgehoben und als Relikte der Vergangenheit eingestuft. Für ein problemloses freiwilliges Frühableben sind Werbekampagnen in Medien geschaltet. Eine amtliche Entsorgung von Ballastexistenzen erfolgt auf einem „Terrain des Todes“ in Afrika nach alten Plänen. Die Urgroßvatergeneration entsorgte bereits millionenfach Menschen aller Altersgruppen östlich der Weichsel ohne Komplikationen.

Beim derzeitigen Sachstand kann nicht ausgeschlossen werden, dass wir Alte noch vor 2030 mit einem Berliner Reformprogramm „Lust auf Sterben“ zu rechnen haben.

*Detlef Dahlke*

Gleich drei Mal probte das ZDF im Januar den »Aufstand der Alten«

Eine »offene Soap«

Deutschland, eine Hölle für die Alten?

ZDF-Schocker »2030« berührt – und macht Angst

Bomben statt Rente

Rentner schlagen zurück

TV AKTUELL

Report aus der Zukunft

Droht Deutschland der Kollaps durch Überalterung? Der im Doku-Stil gedrehte ZDF-Dreiteiler 2030 – AUFSTAND DER ALTEN stimmt auf eine düstere Epoche ein

Ronin Hood, jetzt Rentner

2030 ist jeder dritte Deutsche über 60: Ein Doku-Drama spekuliert über Folgen

# Erstes erfolgreiches Volksbegehren in Bremen

## *Ab 2011 wird anders gewählt*

Viele hätten es nicht für möglich gehalten, aber die Initiative für ein neues Wahlrecht war erfolgreich. Für den Verein „Mehr Demokratie e.V.“ stand das Jahr 2006 ganz im Zeichen des Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen“. Und dieser Einsatz hat sich gelohnt. Ab 2011 wird in Bremen und Bremerhaven nach einem demokratischeren Wahlrecht gewählt.

### *Das neue Wahlrecht*

Wesentliche Änderung ist die Einführung von Kumulieren und Panaschieren bei der Bürgerschaftswahl, der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und bei den Beiratswahlen in Bremen. Zukünftig gilt, dass jede Wählerin und jeder Wähler nicht mehr nur eine, sondern fünf Stimmen hat. Diese können auf einen oder mehrere Kandidaten derselben Partei gehäufelt (kumuliert) oder auch auf Kandidaten verschiedener Parteien verteilt (panaschiert) werden. Wer wie bisher nur eine Partei wählen will, kann dies mit den sog. Listenstimmen weiterhin tun. Bei den Beiratswahlen in der Stadtgemeinde Bremen und auch bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven ist zukünftig die Wahl von Einzelkandidaten zulässig. Dritte Änderung ist die Abschaffung der 5%-Hürde bei der Kommunalwahl in Bremerhaven. Diese Klausel ist mittlerweile in den meisten deutschen Städten abgeschafft, weil sie gegen das Stimmengleichheitsgebot bei der Wahl verstößt.

### *Vorteile*

Der Vorteil gegenüber dem reinen Listenwahlrecht besteht darin, dass einzelne Kandidaten direkt gewählt werden können. Die Parteien entscheiden nicht mehr alleine darüber, wer mit einem guten Listenplatz sicher ins Parlament einzieht. Die einzelnen Kandidaten werden sich daher intensiver mit den Fragen, Meinungen und Interessen der Wählerinnen und Wähler auseinandersetzen müssen, um gewählt zu

werden. Das bringt mehr Bürgernähe in die Politik und stärkt den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger. Sie können ihre Stimmen genau an die Kandidaten verteilen, denen sie vertrauen. Auch für die Abgeordneten bringt die Reform Vorteile, denn sie werden unabhängiger von ihren Parteien, wenn die Menschen sie direkt wählen können. Freiere und unabhängigere Abgeordnete können zur Klimaveränderung in Parteien und Parlamenten beitragen. Entscheidend ist, dass die Personalpakete der Parteien nicht mehr als Ganzes hingenommen werden müssen. Das bringt mehr Auswahl bei der Wahl und ermöglicht eine viel differenziertere Wahlentscheidung.

### *Rückblick*

Zunächst erörterte ein Ausschuss der Bürgerschaft fast ein Jahr lang die Frage eines neuen Wahlrechts für Bremen und Bremerhaven. Im November 2005 kam das Aus für den parlamentarischen Weg. SPD und CDU hielten an ihrem Nein zur Reform fest. Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ kündigte daraufhin das Volksbegehren an.

### *Direkte Demokratie in Bremen*

Volksbegehren in Bremen sind in der Landesverfassung bereits seit 1947 vorgesehen. In der Praxis ist es jetzt zum ersten Mal einer Initiative gelungen, die erforderliche Unterschriftenzahl zu erreichen und damit eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen. Die Hürde variiert von Bundesland zu Bundesland und ist in Bremen mit 10% vergleichsweise hoch. Kein Wunder also, dass es nicht gerade wenige Skeptiker gab. Die Vorstellung aber, das erste erfolgreiche Volksbegehren in Bremen zu schaffen, spornte uns an. Und das Engagement von hunderten Ehrenamtlichen bestätigte uns zusätzlich.

### *Das Verfahren*

Bei der Volksgesetzgebung ist ein dreistufiges Verfahren vorgesehen. Mit den ersten 5.000 Unterschriften wird die Zulassung eines Volksbegehrens beantragt. Diese Hürde haben wir Ende Mai 2006 genommen. Dann folgte die ungleich schwierigere Aufgabe, innerhalb von drei Monaten 48.175 Unterschriften sammeln zu müssen (10% der Wahlberechtigten). Aber auch diese Hürde haben wir übersprungen – für viele überraschend – sogar sehr deutlich. Insgesamt 71.378 Unterschriften wurden am 18. Oktober bei den Einwohnermeldeämtern in Bremen und Bremerhaven eingereicht. Die Prüfung ergab 65.197 gültige Unterschriften. Wir hatten gleich zweifachen Grund zum Jubeln: Der Weg für ein neues, demokratischeres Wahlrecht war frei und wir hatten das erste erfolgreiche Volksbegehren im Bundesland Bremen geschafft. Jetzt gab es genau zwei Alternativen. Entweder die Bürgerschaft stimmte unserem Gesetzentwurf zu oder die Bürgerinnen und Bürger entscheiden in einem Volksentscheid selbst, ob sie für oder gegen das veränderte Wahlrecht sind. Der Erfolg des Volksbegehrens war so deutlich, dass die Bürgerschaft dem Gesetzentwurf am 13. Dezember 2006 zugestimmt hat. Einer vorzeitigen Einführung zur Wahl 2007 wiederum, wollte die Mehrheit nicht zustimmen.

*Ein Gastbeitrag*
*Katrin Tober*

# Carsten Sieling bei den ver.di - Senioren

Zur ersten Zusammenkunft der ver.di - Seniorengruppe in diesem Jahr hatte Dieter Tarnowsky den Vorsitzenden der SPD - Bürgerschaftsfraktion Dr. Carsten Sieling ins DGB- Haus eingeladen.

Nach seiner persönlichen Vorstellung und dem Bericht seines politischen Werdegangs wollte die hoch motivierte Seniorengruppe von Herrn Dr. Sieling Auskunft über viele aktuelle Brennpunkte im Lande Bremen haben. Viel zu kurz war natürlich die Zeit für die vielen Fragen.

Zur Frage „Privatisierungen der Krankenhäuser" sollten nach Meinung Dr. Sieling keine weiteren Einzel - Privatisierungen mehr erfolgen, da der jetzige Verbund der Krankenhäuser die kommende Trägerschaft sichern kann.

Auch den Verkauf der GEWOBA oder der Bremer Lagerhaus Gesellschaft würde er nicht befürworten.

Zu einem intensiven Dialog der Senioren mit Herrn Dr. Sieling kam es bei den Themen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplätze für die Jugend.

Gerade zu diesem Thema berichtete die Leiterin von Arbeit und Leben, Frau Dr. Brigitte Brück, die als Gast der Einladung gefolgt war, daß durch die drastische Kürzung der Bremischen Mittel für die politische Bildung und die Umstellung auf europäische Mittel mit Arbeitsmarktbezug die Finanzierung von politischer Weiterbildung für ältere Bürgerinnen und Bürger (ab 65 Jahre) fast vollständig gestrichen ist. Nach diesem Bericht entfachte sich die Diskussion erneut, da es doch heißt: „Jeder soll ein Leben lang lernen."

Dr. Carsten Sieling verwies darauf, dass Kürzungsvorschläge der Bildungsverwaltung von der SPD- Fraktion zurückgenommen würden und versprach, sich des Themas wieder anzunehmen.

*Dieter Tarnowsky*

# Ich will nie ins Altersheim

Wenn ich einmal in später Zukunft alt und klapperig bin, werde ich bestimmt nicht ins Altersheim gehen, sondern auf ein Kreuzfahrtschiff!

Die Gründe hierfür hat mir meine Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gegeben: Die durchschnittlichen Kosten für ein Altenheim betragen 150 Euro pro Tag.

Ich habe die Reservierung für das Kreuzfahrtschiff AIDA überprüft und muss für eine Langzeitreise als Rentner 135 Euro pro Tag zahlen! Nach Adam Riese bleiben mir noch 15 Euro pro Tag übrig.

Ich habe mindestens zehn freie Mahlzeiten, wenn ich in eines der Bordrestaurants wackele oder sogar Essen vom Room-Service, das ich mir aufs Zimmer bringen lasse. Das heißt: Ich kann jeden Tag der Woche mein Frühstück im Bett einnehmen.

Die AIDA hat drei Schwimmingpools, einen Fitnessraum, freie Waschmaschinen und Trockner und sogar jeden Abend Showprogramme.

Es gibt auf dem Schiff kostenlose Zahnpasta, Rasierer, Seife und Shampoo.

Das Personal behandelt mich wie einen Gast und nicht wie einen Patienten. Für extra 5 Euro Trinkgeld lesen mir Stewards jeden Wunsch von den Augen ab.

Außerdem lerne ich alle 14 Tage neue Leute kennen!

Fernseher defekt? Glühbirnen müssen gewechselt werden? Die Bettmatratze ist zu hart oder zu weich? Kein Problem, das Personal wechselt es kostenlos und bedankt sich für mein Verständnis.

Frische Bettwäsche und Handtücher jeden Tag, und ich muss noch nicht einmal danach fragen.

Wenn ich im Altersheim falle und mir die Rippen breche, komme ich ins Krankenhaus und muss gemäß der neuen Krankenhausreform täglich dick draufzahlen. Auf der AIDA bekomme ich für den Rest der Reise eine Suite und werde vom Bordarzt kostenlos behandelt.

Nun das Beste: Mit der AIDA kann ich nach Südamerika, Australien, Japan, Asien oder wohin ich will, reisen.

Darum sucht mich in Zukunft nicht in einem Altersheim, sondern besucht mich auf dem Schiff.

*Verfasser Unbekannt*

Millionen Menschen
haben keine Arbeit,
und die, die noch Arbeit haben,
sollen länger arbeiten!

Jugend!

## Endlich war es soweit

Nach einem ‚Probelauf' – einer eintägigen Ausstellung im Rahmen einer MoQua-Tagung am 21.02.06 – konnten die Teilnehmer des ‚Gesprächskreises Kunst' am 12. Dezember 2006 die Ausstellung ihrer Werke im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bremen eröffnen. Die Besucher des Hauses konnten die gezeigten Arbeiten dann bis zum 30.1.2007 bewundern.

Die Künstler wollten dabei auch alte Ideale und Ziele der Gewerkschaftsarbeit wiederbeleben, d. h. Kunst und Kultur in ihren Reihen erneut als Gesprächsthema einbringen.

Brigitte Barnik und Günther Buntrock stellten ihre in Mischtechnik und Acryl gemalten Bilder zusammen mit Fritz Bettelhäusers Skulpturen aus Metall, Glas und Stein in der Halle und auf der Empore aus. Horst Lerch und Olaf Brand zeigten ihre Fotografien im Flur im 1. Stock und im Vorraum zum Clara-Zetkin-Saal.

Die unter dem Motto ‚Lebenswelten' gezeigten Werke wurden im allgemeinen als auf einem hohen Niveau stehend gelobt. Auch das breite Spektrum der Arbeiten fand Anerkennung.

Veranstaltungen wie diese zeigen, dass Gewerkschaft nicht am Werktor aufhört. Daher sollten, nein müssen diese oder ähnliche Ausstellungen wiederholt werden.

In Zukunft könnte man den mitwirkenden Künstlern jedoch wünschen, dass mehr Hinweise und Informationen über die Ausstellung bzw. die ausgestellten Arbeiten in den lokalen Medien erscheinen werden. Auch innerhalb des Hauses könnten kleine Hinweisschilder und Wegweiser gute Dienste leisten. Aber ein Anfang ist gemacht.

Der ‚Arbeitskreis Kunst' wünscht sich, dass künftig mehr Gewerkschaftsmitglieder den Mut fassen, mit ihren künstlerischen Hobbys an die Öffentlichkeit zu gehen und sich vielleicht ihrem Kreis anschließen. Olaf Brand, Telefon 55 54 72 gibt gerne weitere Auskünfte und Anregungen.

*Rosel Brand*

## An das Redaktionsteam von „Wir"

***Liebes Team,***

Seitdem die „Wir" zum ersten Mal aufgelegt wurde, habe ich diese Zeitung mit sehr großem Interesse gelesen. Die Artikel sind sehr interessant geschrieben und man erfährt sehr viel Wissenswertes. Aber nicht nur der Text ist gelungen, sondern die vielen zum Teil auch sehr witzigen Illustrationen machen diese Zeitung lesenswert. Der Wissensschatz der SeniorInnen aus dem 3. Reich und aus Kriegs- und Nachkriegszeiten darf für die nachfolgenden Generationen nicht verloren gehen. Dies alles muss als Erfahrung und stetige Mahnung - teils als Gutes aber auch Schlechtes - weitergegeben werden, damit die Diskussion über diese Zeit lebendig bleibt. Aber es wird in der „Wir" natürlich nicht nur aus der Vergangenheit berichtet, denn das Team ist auch viel mit aktuellen gewerkschaftlichen und kulturellen Themen befasst. Die Mischung macht es. Ich wünsche mir, dass die Arbeit auch in der nächsten Zeit unterstützt wird.

Weiter so!!!!

*Helga Burdorf*

Vorsitzende des Seniorenortsvereins
Bremerhaven, FB 9 und 10

## *Liebe Redaktions-mitarbeiterInnen!*

Kurz vor Weihnachten erhielt ich eure letzte Ausgabe. Ich bin begeistert und möchte euch beflügeln, dass ihr weiter macht.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema „Lernen“ durch die Zeitung. Ich kann nur bestätigen, wie dringend und notwendig es ist, sich auf ein lebenslanges Lernen einzulassen, allerdings nicht erst als RentnerIn, sondern auch schon vorher. Leider ist in den Betrieben festzustellen, dass dort das Thema Bildung dem Rotstift zum Opfer fällt. Wie kurzsichtig gedacht. Doch nicht ohne Grund bieten Gewerkschaften und weitere Bildungsträger Seminare an. Dieses Privileg sollte auch genutzt werden. Bildung lohnt sich!

Mir fehlt, dass es „von Amts wegen“ veranlasst wird, gewisse Bildungsinhalte zu vermitteln. Ich meine die Bildungsinhalte zum Erwerb von Sozialkompetenz.

Ich arbeite seit einiger Zeit an dem Thema „Demografischer Wandel und Neue Wohnformen“. Daran wird deutlich, dass es nicht damit getan ist, dass wir uns im Alter auf die Zahlung der Rente verlassen. Das Alleine reicht nicht aus. Zum Leben gehört mehr! Aber das wisst ihr ja auch!

Doch, wenn dann der Staat/die Politik es nicht „von selber“ hinkriegt, uns so für das Leben fit zu halten, sollte diese Forderung unbedingt erhoben und abverlangt werden. Reichtum wäre genug dafür vorhanden! Diesen Prozess tatenlos abzuwarten, würde Lücken aufreißen. Also plädiere ich für die „Selbsthilfe“. Sich dort Bildung holen, wo sie angeboten wird. Selber initiativ werden. Auch durch soziales Engagement lernt man. Bitte unbedingt weitermachen!

Bildung hält jung!

In diesem Sinne herzliche Grüße aus Osnabrück, von einem Ver.di-Mitglied bei Telekom.

*Hans-Jürgen Wilkening*

## *Leserbrief*

WIR – der Titel sprach mich sofort an und machte mich neugierig! „WIR“ für uns oder: Wir für WIR – Senioren schreiben für Senioren aus der Praxis für die Praxis! So etwas hatte ich noch nie gelesen.

In meiner Seniorengruppe kommt WIR sehr gut an, wir nehmen einzelne Themen gerne als Diskussionsgrundlage.

Unsere/meine Wünsche an WIR:
Kürzere Erscheinungsfolgen
Keine ganzseitigen Texte, durch Fotos o.ä. mehr auflockern.

Ansonsten wünsche ich Euch viel Spaß bei Eurer aufwendigen, ehrenamtlichen Arbeit.

*Euer Werner Rehbein*

1. Mai 2007

# Du hast mehr verdient!

Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.

## Domshof

**30.04.**

**20.00 Uhr** **Tanz in den Mai**
Captain Candy
(Rock'n'Roll Show)
& Flying Soul Toasters (Soul, Rhythm'n'Blues Show)

**1.Mai**

**9.00 Uhr** **Gottesdienst** Propsteikirche St. Johann
Du hast mehr verdient

**10.30 Uhr** Sammeln zur **Demonstration**
Osterdeich/Ecke Sielwall
Abmarsch: ca. 11.00 Uhr

**12.05 Uhr** **Kundgebung** auf dem Domshof mit:
Helga Ziegert, *DGB-Regionsvorsitzende*
Konrad Freiberg, *Bundesvorsitzender der GdP*
Ilka Biedermann, *DGB-Jugend*

**13.00 Uhr** **1. Mai Fest**
mit Gordon (Rock+Pop Cover),
Kinderprogramm,
Essen & Trinken

Gestaltung: text & partner, Freiburg

V.i.S.d.P.: DGB Bremen, Henner Günther, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

DGB TRANSNET GEW NGG IG BCE ver.di


**Impressum:**

Diese Zeitung ist im Rahmen des Qualifizierungsprojektes für ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement (MoQua) von Arbeit und Leben Bremen entstanden.
Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Gerd Bohling, IGM, Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Christel Odewald, ver.di
Edmund Petschulis, IGM, Brigitte Wilkening, ver.di
Herman Wilkening, IGM

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis MoQua-DGB-SeniorInnen machen Zeitung
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky
Redaktionsadresse:
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Manfred Weule, Tel.: 0421 – 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de

# *Mailied*

***Am Ersten Mai***
***Gehn Vater und Mutter in einer Reih***
***Kämpfen für ein beßres Leben.***
***Fron und Armut darf´s nicht geben:***
***Da sind wir auch dabei.***
***Grün sind die Zweige***
***Die Fahne ist rot.***
***Nur der Feige***
***Duldet Not.***

***´s ist Monat Mai.***
***Im Acker die Hälmchen stehn Reih an Reih.***
***Gute Ernte - gutes Leben!***
***Lasset uns die Hand drauf geben***
***Daß es die unsere sei.***
***Grün sind die Fluren***
***Die  Fahne ist rot.***
***Unser die Arbeit***
***Unser das Brot!***

***Bertholt Brecht***